

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/1316 –**

Chancen der Gen- und Biotechnologie nicht verspielen

A. Problem

Die Antragsteller fordern eine verantwortbare Stärkung der Bio- und Gentechnik für den Standort Deutschland; das sei aus wirtschafts-, arbeits-, forschungs-, umwelt- und agrarpolitischer Sicht von zentraler Bedeutung. Zudem sei die langfristige Welternährung nur mit diesen Zukunftstechnologien zu sichern.

B. Lösung

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, für eine praktikablere und unbürokratische Novellierung der EU-Richtlinie 90/220/EWG zur Freisetzung transgener Pflanzen einzutreten und gemeinsam mit den Ländern sicherzustellen, dass die mutwillige Zerstörung von Freilandversuchen mit gentechnisch veränderten Pflanzen verhindert werde.

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuss

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/1316 – abzulehnen.

Berlin, den 3. November 1999

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Heino Wiese (Hannover)
Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Heino Wiese (Hannover)

1. Beratungsgang

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 59. Sitzung am 1. Oktober 1999 den Antrag auf Drucksache 14/1316 behandelt und federführend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für Bildung und Forschung überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben die Vorlage in ihren Sitzungen am 3. November 1999 behandelt.

Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 27. Sitzung ebenfalls am 3. November 1999 abschließend beraten.

2. Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller verweisen auf die Chancen der Bio- und Gentechnologie als Schlüsseltechnologien der kommenden Jahre, deren Nutzung für die langfristige Sicherung der Welternährung und den Schutz der Umwelt unerlässlich sei. Insbesondere die gentechnische Forschung und das entsprechend breite Anwendungsfeld bieten neue Chancen für zukunftssichere Arbeitsplätze. Damit deutsche Unternehmer und Forscher im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben, dürften diese Zukunftstechnologien nicht über Gebühr durch bürokratische Regulierungen behindert werden.

3. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Die mitberatenden Ausschüsse haben die Vorlage in ihren Sitzungen am 3. November 1999 behandelt und den Antrag auf Drucksache 14/1316 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion

der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt.

Die Abstimmungsergebnisse aller mitberatenden Ausschüsse waren einheitlich.

4. Beratung im 10. Ausschuss

Von den Antragstellern wurde unterstrichen, dass man mit dieser Initiative insbesondere unbegründeten, ideologischen Vorbehalten gegenüber der Gen- und Biotechnologie entgegenwirken und damit den Entwicklungen und Notwendigkeiten zur Welternährungssicherung weltweit gerecht werden wolle. Die CDU/CSU-Fraktion sprach sich für eine Förderung der verantwortbaren Einsatzmöglichkeiten dieser Technologien aus.

Seitens der Koalitionsfraktionen wurde der Antrag als ideologisch und überholt bezeichnet, da er der Koalition unrichtigerweise eine grundsätzliche Ablehnung der Gen- und Biotechnologie unterstelle. Außerdem propagiere der Antrag einseitig die Chancen der Technologie unter Missachtung möglicher Risiken für die Gesundheit des Menschen und der Umwelt. So habe man wiederholt die Bereitschaft erklärt, das verantwortbare Potential der Bio- und Gentechnologie zu nutzen, ohne mögliche Risiken außer Acht zu lassen. Dementsprechend habe die Bundesregierung die derzeit auf EU-Ebene bestehenden Möglichkeiten zur Unterstützung dieser Technologien ausgeschöpft.

Von der PDS-Fraktion wurde bestritten, dass die Stärkung der Bio- und Gentechnologie zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitrage.

Der Antrag auf Drucksache 14/1316 wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der F.D.P. und der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt.

Berlin, 3. November 1999

Heino Wiese (Hannover)

Berichterstatter

